

**Thema:**

**Beratungsangebote für transsexuellen, transidenten und intersexuellen Menschen in Göppingen aufbauen**

**Beschlussantrag:** (bitte abstimmungsfähig formulieren)

Die Fraktion DIE LINKE & PIRATEN beantragt, dass die Stadt Göppingen 1,0 Fachkraftstelle Sozialpädagogik (w/m/d), plus Sachkostenpauschale und Mietkostenanteil für Beratung und Begleitung von transsexuellen, transidenten und intersexuellen Menschen im HH 2023 schafft

**Darstellung des Sachverhalts:**

Transsexuelle, transidente und intersexuelle Menschen haben mit mangelnder gesellschaftlicher Akzeptanz und Diskriminierung zu kämpfen. Sie finden in Göppingen bisher kein angemessenes professionelles Unterstützungsangebot. Ein Großteil der Diskriminierung und der Schwierigkeiten resultieren aus Unwissenheit der Betroffenen wie ihrer Umwelt und daraus resultierender Unsicherheit auf beiden Seiten. Die Einrichtung einer Beratungsstelle soll diese Lücke schließen und eine adäquate Informations- und Beratungsstruktur schaffen, um Informationen zu vermitteln und passende Hilfen zu bieten. So sollen psychosoziale Krisen der Betroffenen und Angehörigen vermieden werden. Auch Fachleute, die mit dem Thema in ihrer alltäglichen Praxis befasst sind, sollen mit Expertise unterstützt werden können. Mit der Stelle kann das Beratungsangebot für transsexuellen, transidenten, nicht-binären und intersexuellen Menschen und deren Angehörigen verbreitert werden:

- Einzelberatung von Jugendlichen, Heranwachsenden, Erwachsenen und Angehörigen, die sich mit Fragen der sexuellen Identität und Orientierung auseinandersetzen
- Psychologische Beratung / Paarberatung für Menschen mit Transsexualität, Transidentität und anderen geschlechtlichen Thematiken bei alltäglichen Schwierigkeiten und in Krisen
- Aufklärung über die Situation mit Wartezeiten für Therapieplätze, sowie über die Situation bezüglich der Behandlung in der Endokrinologie, Chirurgie, den Kontakt mit Krankenkassen und bezüglich weiterer Angeboten im Bereich geschlechtsangleichender Maßnahmen
- Beratung zu rechtlichen Themen im Bereich TTI, insbesondere vor

dem Hintergrund der veränderten Rechtslage, u.a. durch Einführung eines weiteren Personenstands

- Verweisen auf Gruppenangebote, Selbsthilfe, Freizeit und Peer-Beratung
- Infoveranstaltungen, Supervision und Fortbildung für Fachkräfte aus der Jugendhilfe, dem Sozial- und Gesundheitswesen Mitarbeit in bestehenden Fachgremien, Landesnetzwerk Baden-Württemberg, etc.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme  
ab .....

---

**Stellungnahme der Verwaltung:**

**Empfehlung der Verwaltung:**